BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE FÖHREN

Teilgebiet "In der Acht - 2. Änderung"

Maßstab 1:1000

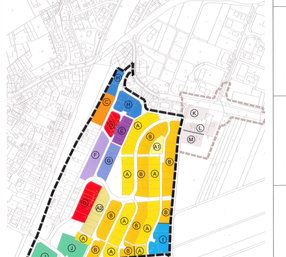
Bebauungsplan "Auf dem Steinhäufchen - 1. Änderung"

unmaßstäblich

Gemarkung Föhren

Föhren, "In der Acht - 2. Änderung"

ÜBERSICHTSKARTE BEREICHE DER SCHEMASCHNITTE

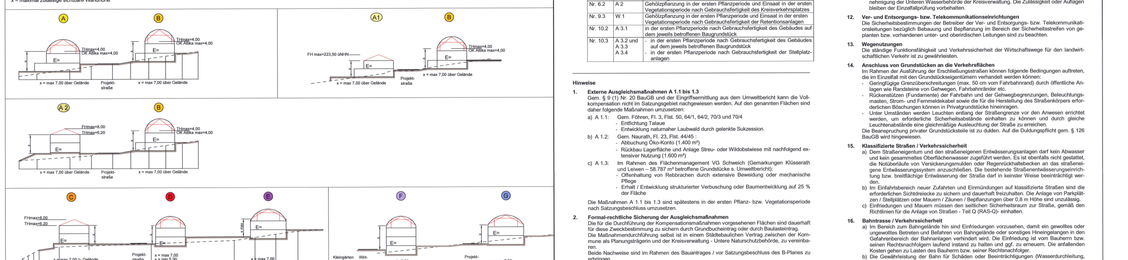


SCHEMASCHNITTE

Der höchste Punkt des Daches einschl. der Dachaufbauten bzw. Staffelgeschoss darf, mit Ausnahme von Treppenhäusern, die Hüftlatte in der Form eines Kreisbogens (siehe Planzeichnerklärung) nicht überschreiten. Als Sicherheitshilfe gilt die halbe Tiefe des projektierten Gebäudes, jedoch nicht mehr als 4,5 m. Anfangs- und Endpunkte des Kreisbogens liegen auf der gedachten Linie zwischen den Traufen.

Der Bezugspunkt für Traufhöhe / Attika ist die im Plan gekennzeichnete Erdgeschosshöhe üNN (EH).

x = maximal zulässige sichtbare Wandhöhe



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Planungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9/11 - 38 BauGB

Art und Maß der baulichen Nutzung

1 Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 WA = „allgemeines Wohngebiet" § 4 i.V.m. § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO
Zulässig sind:
WA 1 bis WA 4 sowie WA 3 (AB)
- Wohngebäude
- nicht störende Handwerksbetriebe,
- Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO (sonstige nicht störende Gewerbebetriebe)

Ausnahmsweise zulässig sind gem. § 4 Abs. 3 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 5 BauNVO:
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportlichen Zwecke,
- kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes,

Nicht zulässig sind gem. § 4 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO:
- Einzelhandelsbetriebe sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes Gartenbaubetriebe
- Tankstellen
- Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
- Ausnahmen nach § 4a Abs. 3 BauNVO

MI 2
- Wohngebäude
- Geschäfts- und Bürogebäude
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige Gewerbebetriebe
- Anlagen für Verwaltung sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportlichen Zwecke.

Nicht zulässig sind gem. § 4 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO:
- Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige Gewerbebetriebe
- Tankstellen
- Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
- Ausnahmen nach § 4a Abs. 3 BauNVO

MI 3
- Wohngebäude
- Geschäfts- und Bürogebäude
- Einzelhandelsbetriebe
- Anlagen für Verwaltung sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportlichen Zwecke.

Nicht zulässig sind gem. § 4 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO:
- Tankstellen
- Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
- Ausnahmen nach § 4a Abs. 3 BauNVO

2 Bauweise, Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen und Stellung baulicher Anlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO
s. Nutzungsschablone auf der Planzeichnung

2.1 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt. Eine Überschreitung der Baugrenzen durch untergeordnete Bauteile wie z. B. Vordächer, Balkone, Erker und Treppenhäuser kann ausnahmsweise zugelassen werden.

2.2 Die Firstrichtung wird durch Eintragung in den Planzeichnung bestimmt.

2.3.1 In Bereich **WA 3 (AB)** sind nur Einzelhäuser zulässig.

2.3.2 In Bereich **WA 3 (AB)** gilt die abweichende Bauweise als Hausgruppe oder Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

2.3.3 In Bereich **WA 3, WA 3 (AB)** müssen zu Nachbargrundstücken Grenzgaragen oder -wände auf der Bahnstrecke zugewandten Seite eine Bauhöhe von mindestens 5,0 m aufweisen und den schallschutztechnischen Anforderungen entsprechen. (siehe 6.1 Nr. 6)

2.4 Die Errichtung von Tiefgaragen ist in den Bereichen **WA 3, WA3 (AB), WA 4** und **MI 3** auch außerhalb der festgesetzten Baugrenzen zulässig.

2.5 Für die Errichtung von Doppelhäusern, Reihenhäusern und Hausgruppen wird eine Mindestgrundstücksgröße von 400 m² festgesetzt. Für Einzelhäuser wird eine Mindestgrundstücksgröße von 450 m² festgesetzt.

3 Maß der baulichen Nutzung
s. Nutzungsschablone auf der Planzeichnung

3.1 Ausnahmsweise kann eine Überschreitung der GRZ und gem. § 19 Abs. 4, Satz 2 BauNVO im Bereich **WA 1 und WA 2** unzulässig.
Zahl der Vollgeschosse gem. § 2 Abs. 4 und 5 LBauO

3.2 Zahl der Vollgeschosse, Höchstzahl
Zahl der Vollgeschosse gem. § 2 Abs. 1 BauNVO auf die Zahl der zulässigen Vollgeschosse

3.3 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO)

3.3.1 Festsetzungen zur Höhe der baulichen Anlagen erfolgen durch die Gebäudeoberkante (OK) (in relativer Höhe) gem. § 18 Abs. 1 BauNVO. Maßgebend sind die Eintragungen in den Schemaschnitten.

3.3.2 Maßgebender unterer Bezugspunkt ist im Bereich **WA 1 bis WA 4 sowie WA3 (AB)** jeweils die in der Planzeichnung eingetragene NN-Höhe des Fertigfußboden Erdgeschoss.

3.3.3 Für die Einhaltung der Gebäudeoberkante (OK) als oberer Bezugspunkt sind bei Gebäuden mit geneigten Dächern die Oberkante der Dachkonstruktion (Traufe / First) bzw. bei Gebäuden mit Flachdächern die Oberkante Attika definiert.
Für talseitig durchgängig sichtbare Wandhöhen wird, mit Ausnahme von Giebelflächen, eine Wandhöhe von 7,00 m über Gelände festgesetzt. Bei Gebäuden mit Flachdach ist die Attika als oberer Schutzpunkt Aufenwand / Dachhaut festgesetzt. Die Errichtung von Tiefgaragen gilt als Bezugspunkt OK Tiefgarage. (vergleiche „Schemaschnitte")

3.3.4 Überschreitungen der zulässigen Oberkante baulicher Anlagen untergeordnete Bauteile (z.B. technische Aufbauten, Photovoltaikanlagen oder Solaranlagen) sind gem. § 16 Abs. 6 BauNVO um bis zu 1,50 m zulässig. Ausnahmen hiervon bilden Schornsteine und Lüftungsskamine, die dürfen die maximale Gebäudehöhe überschreiten, wenn dies aus brandschutztechnischen Gründen erforderlich ist.

3.3.5 Staffelgeschosse sind nur innerhalb der Hüftlache gemäß Schemaschnitte zulässig. Sie müssen sich gegenüber der Außenwand des darunterliegenden Geschosses an allen Seiten mindestens 2,00 m zurücksetzen. Ausnahmen hiervon bilden Treppenhäuser und Aufzugsschächte.

3.4 Gem. § 9 (1) BauGB zur Herstellung der Straßen seitlichen Böschungen, Stützmauern, Schnitte und Geländeaufbau - vergl. Planeintrag) sind nicht Teil der Erschließungsanlage, aber dessen Herstellung, Sie entfallen durch Anpassen der Grundstücke und sind in die Gestaltung der Freiflächen zu integrieren.
Walter ist ein Streifen von jeweils 0,50 m zur Herstellung von Stützfunden und Mastfundamenten bereit zu stellen. Die in Anspruch genommenen Flächen verbleiben im Eigentum der Grundstückseigentümer. Ausgenommen sind die Flächen, die für Zwecke der Straßenbegrenzungen für Bekauchsgegräben der Straßenbaulastträger und der Straßenbaubehörde sowie Anlagenflächen zur sowie Kanniszichen und Hinweisschilder für Erschließungsanlagen auf den Grundstücken zu dulden. Darüber hinaus wird auf die Duldungspflicht gem. § 126 BauGB hingewiesen.

4 Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen / Flächen für Gemeinschaftsanlagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB)

4.1 Im Bereich **WA 1, WA 2, WA 3, WA 3 (AB), MI 1, MI 2 und MI 3** sind, soweit in der Planzeichnung nicht anders festgesetzt, Nebenanlagen bis zu einer Gesamtgröße von 15 m² sowie Garagen, Carports und Stellplätze außerhalb der überbaubaren Fläche zulässig. Bei bebauung sind Garagen nur innerhalb der jeweils festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
Ausnahmsweise sind überdachten Doppeldtock- oder Mehrstockgaragen wird im Bereich WA 2 genannt ausgeschlossen.

4.2 Vor Garagen ist ein Stauraum von mindestens 5,0 m Tiefe zur öffentlichen Verkehrsfläche hin freizuhalten.

4.3 Gewerbliche Sendemasten / Antennenanlagen sind im Bereich **WA** nicht zulässig.

4.4 Im Bereich der Vorgartenanlage ist pro Grundstück max. eine Nebenanlage bis max. 25 m² Grundfläche zulässig.

5 Höchstzulässige Anzahl von Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

5.1 In Bereich **WA 1, WA 2, WA 3, WA 3 (AB)** sind gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB nicht mehr als 2 Wohnungen je Wohngebäude zulässig.

6 Öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nrn. 15, 20 und 25 BauGB)

6.1 Im Bereich der im B-Plan gekennzeichneten öffentlichen Grünflächen sind folgende Maßnahmen vorzusehen:

G 1	– Die Grünanlagen sind durch Fußwege öffentlich zu erschließen und mit anderen Nutzflächen zu verbinden. Die Fußwege, Stützplätze und Spielflächen sind so anzulegen, dass eine Gesamtfläche von 1.000 m² in wasserdurchlässiger Befestigung zulässig. – Als angefangene 100 m² bodenoffener Fläche sind mind. 3 Laubbäume zu pflanzen. Es sind Arten der Pflanzliste 1 und 2 zu verwenden. Die Pflanzqualität und Dauer in guten Pflege- und Entwicklungszustand zu erhalten.
G 1, G 2 und G 3	– Auf den im B-Plan festgelegten Baumstandorten (+/- 5 m) sind mittelgroße Laubbäume (Artenliste s. Hinweise) in bodenoffenen Baumscheiben mit einem Durchmesser von mind. 2 m anzupflanzen. Die Pflanzqualität und Dauer in guten Pflege- und Entwicklungszustand zu erhalten. Bei Abgang sind sie in der, dem Verlust nächstfolgenden Pflanzperiode durch artgleiche Neuanpflanzungen zu ersetzen. – Die bodenoffenen und gehölzfreien Flächen innerhalb der Grünanlagen sind als artenarmer Landschaftsrasen oder Ziergrasflächen anzulegen und zu entwickeln.

6.2 Im Bereich der öffentlichen Grünfläche (Ausgleichsmaßnahme 2 - ohne zeichnerische Darstellung) in den Flurgemarkungen des Kreisverkehrsplatzes sind folgende Maßnahmen umzusetzen, die im Rahmen des qualifizierten Ausführungsplanes konkretisiert werden müssen:
- Bankette, straßenbegleitende Grünflächen und Böschungen sind nach Fertigstellung des Planum mit Oberboden anzudecken, mit einer artenreichen Wiesenmischung anzusäen (Ausführung nach RSM 7.1) ohne extreme Ausprägung der Herkunftsregion 7 einsäen.
- Die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern ist entsprechend der Artenliste (Pflanzliste) vorzunehmen. Bäume sind mit mindestens 3 Stück je Baum zu pflanzen (Pflanzabstand untereinander max. 12 m). Bei Abgang sind sie in der dem Verlust nächstfolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.
- Die Pflanzung von Sträuchern ist in Gruppen von mindestens 5 Stück je Strauchart zu pflanzen (Pflanzabstand untereinander max. 1,5 m). Bei Abgang sind sie in der dem Abgang nächstfolgenden Pflanzperiode zu ersetzen.
- Die erforderliche Einzäunung ist in Form von Wildzäunen zu integrieren.

7. Baurordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 LBauO)

7.1 Im Bereich **WA 1, WA 2, WA 3, WA3 (AB) und WA 4** sind für den Hauptbaukörper Satteldach, Zelt-/ Walm- und Krüppelwalmdach mit einer Dachneigung von 20 bis 45° sowie Flachdächer zulässig. Als Satteldächer gelten auch in der Dachneigung gegeneinander versetzte, zu den Gebäudeaußenwänden hin abfallende Pultdächer. Maßgeblich sind die Eintragungen in den Schemaschnitten.

7.2 Generell sind Quergiebel, Zwerchhäuser oder Dachaufbauten (Dachgauben) nur auf der talabgewandten Dachfläche zulässig. Sie sind auf 1/3 der Trauflänge zulässig.

7.3 Die Dacheindeckung ist ausschließlich in den grauen Farbtönen im Rahmen der natürlichen Farbvielfalt von Schiefer (RAL-Nr. 7010 - 7026, 7031, 7037,8019 und 8022) zulässig.

7.4 Für Dachflächenfenster sind Einzelgauben (§§ 16 und 20 i. V. m. § 21a BauNVO) zulässig.

7.4.1 Als Fassadenmaterial sind zulässig: § 5 i.V.m. § 88(6) LBauO zulässig: Putzflächen, Sichtmauerwerk, heimischer Naturstein, Fassadenplatten, Holzverkleidungen, Holzmassivbauweise, Fachwerkkonstruktionen, Glas. Die Verwendung von Kunststoffen ist unzulässig bis 50% der Fassadenfläche zulässig. Holzhäuser in Blockbohlen-Massivbauweise sind zulässig.

7.5 Reklame- und Werbeanlagen sind ausnhl. im Bereich **MI 1, MI 2 und MI 3** gem. § 5 i.V.m. § 52 LBauO am Betriebsgebäude bis zu einer Größe von max. 5% der Fassadenfläche gestattet. Sie sind auf den Betriebsinhaber und die Dienstleistung zu beschränken. Das Anbringen oberhalb der Traufe ist nicht statthaft. Werbeanlagen dürfen nur zum ortsbezogenen Hinweis aufgestellt werden.
Markenwerbung, sich bewegende Teile o. ä. sowie temporäre Werbung kann im Wege der Ausnahme zugelassen werden.

7.6 Je Wohneinheit sind gem. § 88 Abs. 1, Nr. 8 LBauO mind. 2 frei anfahrbare Stellplätze, Carports oder Garagen auf dem jeweiligen Grundstück nachzuweisen, wobei mind. 50 % überdacht sein müssen.

7.7 Gegenüber der öffentlichen Verkehrsfläche der Planstraßen ist gem. § 88 Abs. 1 Nr. 3 LBauO bei Einzelhäusern nur ein Stellplatzzufahrten sowie von baulichen Anlagen ein Mindestabstand von 0,50 m einzuhalten, bei Hinderanlagen beträgt der Abstand 1,0 m.

8. Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

8.1 Zum Schutz vor Außenlärm sind für Aufenthaltsräume die Anforderungen der Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau", Ausgabe November 1989, einzuhalten. Die erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße der Außenbauteile ergeben sich nach DIN 4109 aus den in der Planzeichnung eingetragenen Lärmpegelbereichen. Nach außen abschließende Bauteile von schutzbedürftigen Räumen sind so auszuführen, dass sie die folgenden resultierenden Schalldämm-Maße aufweisen:

Lärmpegel-bereich	erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß $R'_{w,res}$ in dB des Außenbauteils in dB	
	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und Ähnliches	Büroräume u. und Ähnliches
I	30	30
II	33	30
III	40	35
V	45	40
VI	50	45

Auszug aus Tabelle 8 der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau", November 1989, Tabelle 8 (Hrsg.: DIN Deutsches Institut für Normung e.V.)

Für Schlafräume und Kinderzimmer gelten um 5 dB (A) erhöhte erforderlichen resultierende Schalldämmmaße für Aufenthaltsräume in Wohnungen.
Die erforderlichen Schalldämm-Maße sind in Abhängigkeit von Verhältnis der gesamten Außenwandfläche eines Raumes zur Fensterfläche gemäß DIN 4109 Anhang D, Gl. 33 bis 35 korrigiert. In Räumen, die überwiegend zum Schlafen genutzt werden und in schutzbedürftigen Räumen mit sauerstoffverbrauchender Energiequelle ist durch den Einbau von Lüftungseinrichtungen für ausreichende Belüftung zu sorgen.
Es können Ausnahmen von den getroffenen Festsetzungen zugelassen werden, soweit nachgewiesen wird, dass – insbesondere an gegenüber den Lärmquellen abgeschirmten oder den Lärmquellen abgewandten Gebäudeseiten – geringere Schalldämm-Maße erforderlich sind.
Die Lärmpegelbereiche sind in der Planzeichnung eingetragen.
Von den in zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes eingetragenen Lärmpegelbereichen und von dem Einbau von Lüftungseinrichtungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den passiven Lärmschutz resultieren.
Die Lärmpegelbereiche sind in der Planzeichnung gekennzeichnet.

In der Tabelle werden die Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen angegeben. Die Anforderungen beziehen sich auf die gesamte Außenfläche der Fassade. Bei üblicher Bauweise und üblichen Wohnraummaßen (Raumhöhen ca. 2,5 m, Raumtiefen ca. 4,5 m und Fensterflächenanteilen von ca. 30 % der Raumgrundfläche) entsprechen die Anforderungen der Tabelle den Anforderungen in Lärmpegelbereich III die Fenster von Schlafräumen mit etwa 30 dB(A) (Schallschutzklasse 2) aufweisen.

Schallschutzmaße der Außenbauteile werden bezogen auf die Schalldämmung der Zeichenmeldeite. Die Schalldämmung der Zwischenwände muss mindestens DLR = 24dB betragen. (Eine Schalldämmung von mehr als 24dB ermöglichen bspw. einfache gemauerte Wände, beidseitig beplankte Holzständerwände, 12mm dicke Glasscheiben.)

9. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

9.1 Hauszufahrten und -zuwegungen, Hofflächen, PKW-Stellplätze und untergeordnete Verkehrsflächen sind mit wasserdurchlässigen Belägen zu befestigen. Es können z.B. verwendet werden: Rasenfugenpflaster, Pflaster mit breiten Rasenfugen, wassergebundene Decke, Holzpflaster, Rindenmulch, Sand / Kies, o.ä.

9.2 Für individuelle Aufschüttungen oder Abgrabungen auf den Baugrundstücken gilt:
- Erdböschungen sind in natürlichen Neigungen zwischen 1:2 und 1:3 auszugleichen und an einer Höhe von jeweils max. 2,0 m durch 0,5 m breite Bermen zu staffeln. Stützmauern von mehr als 2,0 m Höhe sind durch mind. 1,0 m breite Bermen zu staffeln.
- Stützmauern ab 1,5 m Höhe und 3 m² Ansichtsfläche sind durch nach oben wachsende oder rankende Gehölze zu begrünen. Es sind Arten der Pflanzliste 3 zu verwenden.
- Ausnahmen gelten bei Fels oder vergleichbaren Verhältnissen.

9.3 Im Bereich der im B-Plan als für die Wasserwirtschaft gekennzeichneten öffentlichen Fläche (Ausgleichsmaßnahme 1) sind folgende Maßnahmen vorzusehen, die im Rahmen der Wasserbauplanung konkretisiert werden müssen:
- Anlage eines naturnahen Regenrückhaltebeckens mit einer ausgestalteten Sohle und Böschungen mit gestreuselten Ablauf. Die Bemessung sollte für mind. 50 l/m² befestigter Fläche ausgelegt sein. Jede dieser Rückhaltemöglichkeiten sollte über einen gedrosselten Ablauf (Rohrdurchmesser DN 150 mit einer Drosselung auf max. 0,2 l/sec) verfügen. Des weiteren sind Rückhaltevolumen ist oberhalb des Grundstückes anzuordnen. Überschüssiges Wasser ist über Notüberläufe in die vorhandenen Vorfluter zu leiten.
- Ein Anschluss von Grundstrainagen und Außengebäudewasser an die öffentliche Kanalisation ist nicht zulässig und nicht zulässig.
- Oberflächennahe Hangwasserzüge sind nicht auszuschließen. Es wird empfohlen, auf Kellergeschosse zu verzichten. Sollten Kellergeschosse dennoch geplant werden, sind entsprechende Maßnahmen gegen drückendes Wasser zu schützen.
- Es wird empfohlen, alle technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Grundwasserspiegel nicht zu beeinflussen.

9.3 Bezüglich der Anschlussmöglichkeiten des Kellergeschosses ist gibt der Einsatz einer privaten Hebeanlage empfohlen. Die Entwässerung Keller ist offenbar.

8. Immissionen - Landwirtschaft
Durch die Nähe zu landwirtschaftlichen Nutzflächen in der freien Feldflur kann es beitriebs- und witterungsabhängig zu subjektiv wahrnehmbaren Geruchs- und Lärmbelästigungen kommen. Diese sind ortsüblich und hinzunehmen.

9. Bauschutzbereich
Der Flugplatz Hahn ist Bauschutzbereich gem. §§ 12 und 13 Luftverkehrsgesetz mit variierenden Höhen des zivilen Verkehrsinstallationes Trier-Föhren. Die Bebauungsbestimmungen der Bauschutzbereichsverordnung sind zu beachten. Bauanträge sind rechtzeitig vor Beginn innerhalb des Bauschutzbereiches der zuständigen Genehmigungsbehörde eine Baugenehmigung zur Errichtung von Bauwerken, die eine definierte Höhe durchdringen, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde erteilen. Betroffen hiervon sind ausschließlich die Grundstücke östlich der Proj.-Str. 1 und 3 bis zur östlichen Plangebietsgrenze sowie die Mischgebiete MI 2 und MI 3.

10. Denkmalschutz - Bodendenkmale
Sollten bei Erdarbeiten, Bau- oder Abbrucharbeiten prähistorische oder historische Gegenstände (bewegliche oder unbewegliche), von denen bei ihrer Entdeckung anzunehmen ist, dass sie Kulturdenkmale sind, oder auf Spuren, die vermutlich Kulturdenkmale sind, gestoßen werden, ist dies unverzüglich der Denkmalschutzbehörde (Generaldirektion Kulturelles Erbe RLP, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier [Rheinisches Landesmuseum], Tel. 0651/9774-0 o. landesmuseum-trier@gdke.rlp.de) mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann auch bei der Unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung, der Verbandsgemeindeverwaltung oder der Gemeindeverwaltung erfolgen.

11. Ressourcenschutz

11 Umsetzung naturschutzrechtlicher und grünordnerischer Maßnahmen (§ 9 Abs. 1a Satz 2 BauGB)

11.1 Die festgesetzten öffentlichen und privaten Maßnahmen sind, jeweils entsprechend ihrer Lage und Anordnung gem. B-Plan, umzusetzen:

Festsetzung	Nummer	Zeitpunkt
Nr. 6.1	G 1, 2, und G 3	Gehölzpflanzung in der ersten Pflanzperiode nach Herstellung der Grünanlage.
Nr. 6.2	A 2	Gehölzpflanzung in der ersten Pflanzperiode und Einsaat in der ersten Vegetationsperiode nach Gebrauchsfertigkeit des Kreisverkehrsplatzes.
Nr. 9.3	W 1	Gehölzpflanzung in der ersten Pflanzperiode und Einsaat in der ersten Vegetationsperiode nach Gebrauchsfertigkeit der Retentionsanlagen.
Nr. 10.2	A 3.1	in der ersten Pflanzperiode nach Gebrauchsfertigkeit des Gebäudes auf dem jeweils betreffenden Baugrundstück
Nr. 10.3	A 3.2 und A 3.3 A 3.4	in der ersten Pflanzperiode nach Gebrauchsfertigkeit der Stellplatzanlagen

Hinweise

1. Externe Ausgleichsmaßnahmen A 1.1 bis 1.3
Gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB und der Eingriffsermittlung aus dem Umweltbericht kann die Volumfänglichkeit der Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes nicht erbracht werden. Auf den gesamten Flächen sind daher folgende Maßnahmen umzusetzen:

a) A 1.1: - Gem. Föhren, Fl. 3, Flst. 50, 64/1, 64/2, 70/3 und 70/4
- Entfernung Teiche
- Entwicklung naturnaher Laubwald durch gelenkte Sukzession

b) A 1.2: - Gem. Naurath, Fl. 23, Flst. 44/45
- Abbuchung Öko-Konto (1.400 m²)
- Rückbau Lagerfläche und Anlage Streu- oder Wildobstwiese mit nachfolgend extensiver Nutzung (1.600 m²)

c) A 1.3: im Rahmen des Flächenmanagement VG Schweich (Gemarkungen Klüsserath und Leiwen - 58.787 m² betroffene Grundstücke s. Umweltbericht):
- Offenhaltung von Rabcachen durch extensive Bewirtschaftung oder mechanische Pflege
- Einzel / Entwicklung strukturierter Verbuschung oder Baumentwicklung auf 25 % der Fläche

Die Maßnahmen A 1.1 bis 1.3 sind spätestens in der ersten Pflanz- bzw. Vegetationsperiode nach Satzungsbeschluss umzusetzen.

2. Format-rechtliche Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen
Die für die Durchführung der Kompensationsmaßnahmen vorgesehenen Flächen sind dauerhaft für diese Zweckbestimmung zu sichern durch Grundbucheintrag oder durch Baulastintrag.
Die Maßnahmenbeschreibung selbst ist in einem Städtebaulichen Vertrag zwischen der Kommune als Planungsträgerin und der Kreisverwaltung - Untere Naturschutzbehörde, zu vereinbaren.
Beide Nachweise sind im Rahmen des Bauantrages / vor Satzungsbeschluss des B-Planes zu erbringen.

3. Gehölzdrainagen
Sind Gehölze zwingend zu entfernen, muss dies gem. BNatSchG außerhalb der Vegetationsperiode, d.h. in der Zeit vom 01. Oktober bis 28/29. Februar d. J. erfolgen. Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Bundesnaturschutzgesetz sind zu beachten.

4. Bepflanzungen
a) Bei allen Gehölzpflanzungen sind die Grenzabstände gem. dir §§ 44 bis 47 LNRG zu beachten bzw. ist bei Unterschreitung des Einverständnis des Grundstückseigentümers einzuholen.
b) Bei allen Gehölzpflanzungen ist die fachgerechte Umsetzung der Pflanzarbeiten zu beachten.
c) Während der Bauarbeiten sind vorhandene oder neu angepflanzte Gehölzen mittamt Stamm, Krone und Wurzelwerk fachgerecht zu schützen.
d) Bei allen Arten ist auf eine tiefe, gute und durchlässige Vegetationsgrabschicht und Drainage (ca. 8 cm bis 12 cm je nach Systemaufbau) wird empfohlen.
e) Es wird empfohlen, sichtbare Wände von Gewerbebauten, die an einer Fläche von mehr als 200 m² keine Öffnungen oder konstruktive Gliederungen aufweisen, durch Rankpflanzen Sträucher zu begrünen.
f) Für die Gestaltung der privaten und öffentlichen Grün- und Freiflächen können u.a. folgende Arten (nicht abschließend) verwendet werden:

Großbäume Bäume (Kronendurchmesser ca. 12 m u. mehr)
Acer platanoides (Spitzahorn), Acer pseudoplatanus (Bergahorn), Aesculus hippocastanum (Rosskastanie), Aesculus x carnea (Scharlach-Rosskastanie), Carpinus betulus (Hainbuche), Castanea sativa (Marone), Fraxinus excelsior (Esche), Juglans regia (Walnuss), Malus - in Sorten (Zier-Apfel), Prunus avium (Vogelkirsche), Quercus petraea (Traubeneiche), Quercus robur (Stieleiche), Tilia cordata (Winterlinde)

Mittelkronige Bäume (Kronendurchmesser ca. 8 m)
Acer negundo (Eschen-Ahorn), Betula pendula (Weiß-Birke), Corylus colurna (Baumhasel), Prunus avium (Vogelkirsche), Sorbus intermedia (Schwedische Mehlbeere)

Kleinkronige Bäume
Acer campestre (Feldahorn), Acer palmatum (Fächer-Ahorn), Malus - in Sorten (Zier-Apfel), Prunus avium (Vogelkirsche), Sorbus aria (Mehlbeere), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling)

Strauchpflanzungen / Hecken
Acer campestre (Feldahorn), Carpinus betulus (Hainbuche), Cornus sanguinea (Roter Hartriegel), Corylus avellana (Hasel), Crataegus monogyna - Sorten (Weißdorn), Rosa spec. (Wildrosen), Sambucus nigra (Schwarzer Holunder), Viburnum lantana (Wolliger Schneeball), Viburnum opulus (Gewöhnlicher Schneeball)

Tafelobstbäume
Sorten s. http://www.streuobstsortengarten-rlp.de/pages/download/htchobst.pdf

Wildobstbäume
Castanea sativa (Ess-Kastanie), Cornus mas (Kornelkirsche), Cydonia oblonga (Quitte), Mespilus germanica (Mispel), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling), Sorbus torminalis (Elsbeere), Sorbus aria (Mehlbeere), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling)

Wand- bzw. Mauerbegrünung
Aristolochia macrophylla (Pfeifenwinde), Clematis montana – in Sorten (Waldrebe), Hedera helix (Efeu), Jasminum nudiflorum (Winterjasmin), Parthenocissus tricuspidata oder P. quinquefolia (Wilder Wein), Polygonum aubertii (Knöterich), Rosa spec. (Kletterrosen), Vitis vinifera (Rebsorten)

Kleinkronige Bäume
Acer campestre (Feldahorn), Acer palmatum (Fächer-Ahorn), Malus - in Sorten (Zier-Apfel), Prunus avium (Vogelkirsche), Sorbus aria (Mehlbeere), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling)

Strauchpflanzungen / Hecken
Acer campestre (Feldahorn), Carpinus betulus (Hainbuche), Cornus sanguinea (Roter Hartriegel), Corylus avellana (Hasel), Crataegus monogyna - Sorten (Weißdorn), Rosa spec. (Wildrosen), Sambucus nigra (Schwarzer Holunder), Viburnum lantana (Wolliger Schneeball), Viburnum opulus (Gewöhnlicher Schneeball)

Tafelobstbäume
Sorten s. http://www.streuobstsortengarten-rlp.de/pages/download/htchobst.pdf

Wildobstbäume
Castanea sativa (Ess-Kastanie), Cornus mas (Kornelkirsche), Cydonia oblonga (Quitte), Mespilus germanica (Mispel), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling), Sorbus torminalis (Elsbeere), Sorbus aria (Mehlbeere), Sorbus aucuparia (Eberesche), Sorbus domestica (Speierling)

Wand- bzw. Mauerbegrünung
Aristolochia macrophylla (Pfeifenwinde), Clematis montana – in Sorten (Waldrebe), Hedera helix (Efeu), Jasminum nudiflorum (Winterjasmin), Parthenocissus tricuspidata oder P. quinquefolia (Wilder Wein), Polygonum aubertii (Knöterich), Rosa spec. (Kletterrosen), Vitis vinifera (Rebsorten)

5. Gesundheitsschutz
Im Untersuchungsraum liegt gem. Radonprognosekarte des LGB RLP (2014) ein erhöhtes Radonpotenzial (40 bis 100 kBq/m³) mit teluk höhen (< 100 kBq/m³). Radonschutz ist und über einzelnen Gebäudeuntersuchungen zu prüfen.
Aufgrund der geologischen Verhältnissen können darüber hinaus, können darüber hinaus geologische Einflussgrößen auftreten. Eine genau